Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

115 | 14.03.2025

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Rechte der Frauen standen im Mittelpunkt zahlreicher Aktionstage rund um den Weltfrauentag. Die Gleichberechtigung und der umfassende Schutz von Frauen und Mädchen sind – trotz zahlreicher Fortschritte, die in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurden – nach wie vor zentrale Forderungen, die auch für die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens wesentlich sind.

Eine interessante Lektüre wünschen

K. Klebe-Politze R. Ramani

Kerstin Klebe-Politze und Bala Ramani

Aus der Ratsversammlung

Im Mittelpunkt der Ratsversammlung vor zwei Wochen stand eine Aktuelle Stunde zum Thema „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“, die von den Grünen anlässlich der jüngsten Angriffe auf die Gedenkstätte Ahlem beantragt worden war. Hintergrund für diesen Antrag war sicherlich auch das beunruhigende Ergebnis der Bundestagswahl am 23. Februar, bei der die AfD erschreckende Stimmenzuwächse erzielt hatte und zweitstärkste Kraft im Bund geworden war.

Unsere Fraktionsvorsitzende Kerstin Klebe-Politze führte für unsere Fraktion aus, dass wir in wenigen Wochen der 80. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur feiern werden. Diese

Diktatur sei einerseits von den damaligen Eliten befördert und von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung getragen worden. Zugleich mehrten sich Versuche von Rechtsradikalen und -populisten, diese Terrorherrschaft und den von ihr betriebenen Vernichtungskrieg zu relativieren. Wie bereits 1933 versuchten diese Kräfte, die Demokratie mit deren Mitteln in Frage zu stellen und letztlich zu zerstören: Das sei „das Agieren eines Wolfes im Schafspelz oder – genauer: die Verbreitung und Umsetzung brauner Ideologie im blauen Gewand." Aus diesem Grunde sei es wichtiger denn je, politische Bildung und historisches Bewusstsein zu stärken. Dies geschehe in Gedenkstätten, wie der in der früheren jüdischen Gartenbauschule in Ahlem oder im ZeitZentrum Zivilcourage, für dessen Einrichtung wir uns stark gemacht hatten. Klebe-Politze forderte, man dürfe „dieser braun-blauen Ideologie keinen Raum bieten, sondern (müsse sich) ihr entschieden entgegenstellen" – alltäglich in der Nachbarschaft und auf der Arbeit, aber auch im Rat.

Allianz der Chancen

Beschlossen hat der Rat am 27. Februar unter anderem den Beitritt der Landeshauptstadt zur „Allianz der Chancen". Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als 70 Unternehmen und Institutionen mit mehr als 2,8 Millionen Beschäftigten, darunter die Firmen Continental, TUI und enercity. Bisher gab es nur zwei derartige Bündnisse in Süddeutschland, die in der Region Hannover ist die erste Allianz in Norddeutschland.

Hintergrund dieser Allianz sind die laufenden Veränderungen in der Wirtschaft, die dazu führen, dass qualifizierte Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt entlassen werden. Das Bündnis bietet nun die Chancen, diese Menschen aus ihrem Unternehmen in andere Firmen oder auch in die Verwaltung zu vermitteln. Für die Verwaltungen von Landeshauptstadt und Region Hannover wiederum eröffnen sich damit Möglichkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Hierzu dient vor allem eine Jobdrehscheibe, die Hannover mit jährlich 15.000 Euro unterstützt und mit deren Hilfe betroffene Beschäftigten neue Perspektiven erhalten und vor Arbeitslosigkeit geschützt werden können.

Die Allianz der Chancen ist ein gutes Signal für den Wirtschaftsstandort Hannover, da die Landeshauptstadt und die Region im Verbund der Unternehmen sowie der Bundesagentur für Arbeit, den Gewerkschaften, den Kammern und den Verbänden an der Gestaltung des künftigen Arbeitsmarktes mitwirken und eigene Fachkräfte gewinnen kann. Davon werden alle profitieren: der Wirtschaftsstandort, die Stadtverwaltung und die beteiligten Unternehmen – und vor allem die Beschäftigten.

Posting vom 26. Februar.

Für die Rechte und den Schutz der Frauen: Equal Care und Equal Pay Day, Internationaler Frauentag

Am 1. März fand der Equal Care Day statt, ein bundesweiter Aktionstag, der auf die ungleich verteilte Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen hinweist. Den ganz überwiegenden Anteil dieser Sorgearbeit an Kindern oder zu pflegenden Angehörigen leisten nach wie vor Frauen, denen diese Tätigkeiten aber nicht entgolten werden. Mit dem Equal Care Day soll jedes Jahr am 1. März (oder am 29. Februar) auf die mangelnde Wertschätzung und auf die unfaire Verteilung von Care-Arbeit hingewiesen und die Forderung nach einer – auch finanziellen – Anerkennung dieser unverzichtbaren Tätigkeiten unterstrichen werden.

Ein weiterer bundesweiter Aktionstag ist der Equal Pay Day, dessen Datum aber davon abhängt, wie groß die Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen ist. Er fällt jeweils auf jenen Tag, bis zu dem Frauen unentgeltlich arbeiten müssen, um auf dasselbe Gehalt von Männern zu kommen. In diesem Jahr fiel der Equal Pay Day auf den 7. März. Die Gehaltsunterschiede sind insofern besonders diskriminierend, als Frauen vor allem in Berufen arbeiten, die unsere Gesellschaft am Laufen halten – in der Pflege, in Kitas und in anderen sozialen Berufen. Und obwohl sie eben einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen.

In diesem Jahr stand angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahl am 23. Februar die Befürchtung im Raum, dass es rechtskonservativen Kräfte gelingen könnte, Frauen zurück in alte Rollen drängen. Demgegenüber fordern wir sichere Jobs für Frauen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, mehr Tariflöhne vor allem in jenen Branchen, in denen Frauen arbeiten, bessere Bezahlung in den sozialen Berufen und Anreize für eine faire Verteilung der Sorgearbeit.

Dass Lohngerechtigkeit möglich ist, zeigt ein Blick auf die Landeshauptstadt Hannover: Dank der Tarifbindung betrug der Lohnunterschied in der Landeshauptstadt im vergangenen Jahr nur noch 8 Prozent; der Equal Pay Day fällt hier auf den 7. Januar. Damit steht Hannover im bundesweiten Vergleich gut da. Ermöglicht wird dies auch durch die Fördermittel für die Geschlechtergleichstellung. Gleichwohl gibt es auch hier bei Zulagen, Eingruppierungen, Sonderzahlungen und den Gehältern in den oberen Führungsetagen Nachholbedarf für Frauen.

Dass Frauen weiterhin mehr Rechte, mehr Unterstützung, mehr Anerkennung und mehr Schutz erhalten müssen – dies steht alljährlich im Mittelpunkt des Weltfrauentages am 8. März. Um diese Forderungen zu unterstreichen, hatten wir gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen im Rat den Beschluss gefasst, zum Internationalen Frauentag Flaggen am

Hissten am 3. März eine der Flaggen zum Internationalen Frauentag: Ute Neumann, beratendes Mitglied unserer Gleichstellungs-AG, die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses Maxi Carl (Sprecherin), Anja Schollmeyer und Bruno Gill sowie unser Stadtkämmerer Axel von der Ohe (v. r.).

Platz der Menschenrechte vor dem Neuen Rathaus zu hissen. Dies geschah durch die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses vor dessen Sitzung am 3. März. Für die Verwaltung nahmen die städtische Gleichstellungsbeauftragte Luisa Arndt und unser Stadtkämmerer Axel von der Ohe daran teil.

Awarenesskonzept

Für den Schutz von Frauen und Mädchen hat der Gleichstellungsausschuss in dieser Sitzung unseren Antrag beschlossen, ein stadtweites Awareness- und Präventionskonzept für Großveranstaltungen und Events aufzulegen.

Posting vom 4. März.

Das Konzept soll dafür sorgen, Teilnehmende, Organisator*innen und Sicherheitskräfte bei Themen wie Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt zu sensibilisieren und zugleich den Schutz vor und bei sexuellen Belästigungen und Übergriffen auf Frauen und Mädchen sowie andere Opfer zu verstärken. Mit dem Konzept sollen veranstaltungsübergreifend einheitliche Mindeststandards und Meldewege für Hilfesuchende und Opfer von Belästigung, Gewalt und Diskriminierung entwickelt werden. Es soll künftig Veranstalter*innen als Blaupause dienen.

Federführend soll das Konzept vom künftigen „Zentrum für kommunale Prävention“, zu dem die Geschäftsstelle des Kommunalen Präventionsrates weiterentwickelt werden soll, erstellt werden. Einfließen in das Konzept sollen Erfahrungswerte aus bestehenden Konzepten der Awareness- und Präventionsarbeit, wie dem Projekt „We take care“, das 2017 als Modellprojekt gegen sexualisierte Gewalt und Belästigung in Nachtclubs und Bars ins Leben gerufen wurde. Die Mittel für die Erarbeitung des stadtweiten Awarenesskonzeptes hatten wir bereits mit einem Antrag zum laufenden Haushalt beschlossen.

Jugendparlament

Vor anderthalb Jahren hatten wir beschlossen, ein Jugendparlament in Hannover einzurichten, und im August letzten Jahres diesen Beschluss durch Bindung erster Gelder nochmals bekräftigt. Zum laufenden Haushalt hatten wir die Mittel für die Geschäftsstelle des Jugendparlaments wie auch für deren Ausstattung bereitgestellt. Noch bevor der Haushalt mit der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht im Niedersächsischen Innenministerium in Kraft treten kann, soll die Verwaltung nun alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die zur Einrichtung eines Jugendparlaments notwendig sind. Auf diese Weise – so der abschließende Beschluss der Ratsversammlung am 27. Februar – soll der zügige Abschluss der Vorarbeiten für das Jugendparlament, darunter der Entwurf einer Satzung, möglichst noch vor der Sommerpause gewährleistet werden.

Keine Müllverbrennungsanlage in Misburg

Ende März soll der Rat den Kommunalen Wärmeplan beschließen, der unter anderem die Versorgung weiter Teile des Stadtgebietes mit Fernwärme vorsieht. Zugleich sind die Stadtwerke der enercity AG als Konzessionärin angehalten, im nächsten Jahr aus der Kohleverstromung auszusteigen. Dies war vor vier Jahren im Rahmen der Vereinbarung „Hannover erneuerbar“ beschlossen worden. Die Energie- und Fernwärmeversorgung in unserer Stadt wollte enercity unter anderem durch eine neue Müllverbrennungsanlage (MVA) in Misburg sicherstellen.

Ende Februar haben nun allerdings der Verwaltungsausschuss sowie die Gremien der Region einer Ausweitung der bestehenden MVA in Lahe und damit einer vertraglichen Vereinbarung zwischen enercity und EEW, dem Betreiber der MVA, zugestimmt, die Kapazitäten dort auszubauen. Dadurch kann die Fernwärmeerzeugung für Hannover sichergestellt werden, ohne dass es einer neuen Müllverbrennungsanlage in Misburg bedarf.

In den vergangenen Monaten hatte unsere Fraktion sich intensiv mit dem Neubauvorhaben von enercity befasst, unter anderem bei einem Besuch der MVA in Lahe auf Einladung von EEW. Auch enercity war frühzeitig an den Bezirksrat Misburg-Anderten herangetreten, hatte die Menschen vor Ort informiert und den Austausch mit ihnen gesucht, wie Bezirksratsfraktion und Bezirksbürgermeister Klaus Tegeder (SPD) lobend hervorheben. Insofern steht diese Angelegenheit vorbildhaft für die Einbindung von Bevölkerung und Politik in die Suche nach tragfähigen Lösungen für die Herausforderungen der notwendigen Energie- und Wärmewende.

Soll zur Sicherung der Energie- und Fernwärmeversorgung ausgebaut werden: Müllverbrennungsanlage in Lahe, dahinter Anlagen und Deponie unseres regionalen Abfallwirtschaftsbetriebes aha. © EEW/Energy from Waste.

Oben: Posting vom 21. Februar.

+++ Beschlussticker +++

Beschlossen haben Verwaltungsausschuss und Ratsversammlung am 27. Februar die Änderung der Marktgebührensatzung für die nächsten drei Jahre. Auch wenn die Gebühren angehoben werden, so werden sie weiterhin, unserem Antrag vor zwei Jahren entsprechend, nur zu 80 Prozent von den Marktbeschicker*innen und Schausteller*innen getragen werden müssen. – Gesichert hat der Verwaltungsausschuss am 6. März die künftige Finanzierung des Leckerhauses in Stöcken. Den Auftrag hierzu hatten wir Ende Januar mit einem gemeinsamen Antrag der großen Fraktionen nochmals bekräftigt.

Änderungen in der Fraktionsgeschäftsstelle

Nachdem vor einem Monat unser bau- und umweltpolitischer Referent Jonathan Schorling in die Bauverwaltung gewechselt ist, haben wir die Geschäftsverteilung in unserem Fraktionsbüro geändert. Die Begleitung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses übernimmt Marc-Dietrich Ohse, während die Begleitung des Ausschusses für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen wie auch des Betriebsausschusses Stadtentwässerung von Imke Weihmann übernommen wird. Der Kulturausschuss wird von Diane Schadow, wie bisher, und Gesa Graefe als ihrer Vertretung begleitet. – Damit ergibt sich vorerst folgende Geschäftsverteilung:

Dr. Marc-Dietrich Ohse: Geschäftsführung; Ausschüsse für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, einschließlich Betriebsausschüsse Häfen und HCC, für Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung, für Organisation, Personal und Digitalisierung, für Sport, Bäder und Eventmanagement, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Verwaltungsausschuss, Rat und Bezirksräte.

Gesa Graefe: Gleichstellungsausschuss, Internationaler Ausschuss, Sozialausschuss, Kulturausschuss (Vertretung).

Diane Schadow: Kulturausschuss, Assistenz der Geschäftsführung, Buchhaltung.

Imke Weihmann: Jugendhilfeausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen, einschließlich Betriebsausschuss Stadtentwässerung.

Elisa Baum: FSJ Politik, Unterstützung der Arbeit der Geschäftsstelle, insbesondere in Social Media.

Diese Geschäftsverteilung ist insofern vorläufig, als wir hoffen, die freie Stelle bald wieder besetzen zu können. – Zudem bitten wir um Verständnis dafür, dass aufgrund mehrerer Krankheitsfälle unsere Fraktionsgeschäftsstelle in den nächsten Tagen nicht ständig erreichbar sein könnte.

Eine Stadt für alle.

Impressum:
Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de
Fotos: unsplash.com/@error420; pixabay.com/clker-free-vector-images; SPD-Ratsfraktion
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

SPD RATSFRAKTION